

Nachlese: Die Medientage Mitteldeutschland 2025

Die diesjährigen Medientage Mitteldeutschland (MTM) fanden am 2. und 3. April 2025 in Leipzig statt und steckten einen breiten thematischen Rahmen ab. Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Vertretern privater und öffentlich-rechtlichen Medien debattierten auf drei Bühnen über Themen wie Rundfunkreform und Rundfunkbeitrag, digitalen Kolonialismus oder dem Wandel der Medienstrukturen – dies alles vor dem Hintergrund großer geopolitischer Spannungen, wachsender digitalen Abhängigkeiten und technologischer Entwicklungen.



Wolfgang Reising

Mitteldeutscher Rundfunk
Programmdirektion Halle
wolfgang.reising@mdr.de

Schlüsselbegriffe: Medienwandel | Rundfunkreform | Finanzierungsstaatsvertrag | Level-Playing-Field

Nach der offiziellen Eröffnung durch den Vorsitzenden des Vereins Medientage Mitteldeutschland und Direktor der Medienanstalt Sachsen-Anhalt, Martin Heine, der in seiner Eröffnungsrede die gesellschaftliche Bedeutung der Medien in Krisenzeiten betonte, erwartete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gleich zu Beginn der Konferenz auf zwei aufeinander folgenden und prominent besetzten Panels Themen von hoher medienpolitischer Tagesaktualität.

Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Als ein zentraler Themenkomplex stand die Debatte um die strukturelle Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Rundfunkbeitrag im Raum.

Im Panel „Media Makeover – Was bringt die Rundfunkreform 2025“ erklärte Thüringens Staatskanzleichef Stefan Gruhner zunächst, dass mittlerweile alle 16 Bundesländer den Reformstaatsvertrag unterzeichnet hätten. Während die Intendanten des MDR und als Vertreter der ARD, Ralf Ludwig, und des ZDF, Dr. Norbert Himmelfarb, mit Blick auf die von der KEF empfohlenen Erhöhung des Rundfunkbeitrages die Entscheidung zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes verteidigten, betonten sie, trotz der bitteren Pille der vorgehaltenen Presseähnlichkeit, den grundsätzlichen Konsens in Bezug auf die Vorgaben des Reformstaatsvertrages mit der

Verpflichtung zu einer stärkeren Zusammenarbeit und die Transformation zu digitalen Medienhäusern. Auf der operativen Ebene wurde dies u. a. durch den weiteren Ausbau der Mediatheken und die gemeinsame Nutzung der technischen Plattform reklamiert, um auch der wachsenden digitalen Abhängigkeit wieder mehr Souveränität von US-amerikanischen Plattformen zu erlangen und so auch in Zukunft eine wichtige Säule der Demokratie in Deutschland zu bilden.

Das Panel „Die Akte Rundfunkbeitrag: Reformstau oder Neuanfang“ verdeutlichte die unterschiedlichen Positionen im Hinblick auf die Novelle des Finanzierungsstaatsvertrages. Dissens war allfällig, sowohl bei den Intendanten von ARD und ZDF, sondern auch zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der von den Bundesländern als unabhängige Kommission seit 50 Jahren beauftragten KEF, vertreten durch deren Vorsitzenden Prof. Dr. Martin Detzel. Er verdeutlichte die Position, dass nur beide Vertragswerke als Paket und unter Gewährleistung des bestehenden, verfassungsrechtlich bestätigten Prozedere eine sachgerechte Grundlage für die Reformbestrebungen bildeten.

Herausforderung Social Media und Regulierung

Neben der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurden als zweiter zentraler Themenkomplex auf diversen

Panels aktuelle Herausforderungen im Umfeld von Social Media erörtert. Im auftaktgebenden Panel „Social Media ist tot. Es lebe Social Media“ wurde lautstark vor den Gefahren der monopolartigen Social-Media-Landschaft und dem Oligopol der zumeist US-amerikanischen Betreiber gewarnt, da vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen negative Auswirkungen auf dem demokratischen Diskurs und der Frage, wie wir als Gesellschaft miteinander reden, befürchtet wird, was u. a. am Beispiel des „Silencing“, also dem Verstummen bzw. Rückzug von immer mehr Menschen der gesellschaftlichen Mitte, dargestellt wurde. Insbesondere der Wissenschaftler und Digitalexperte Dr. Martin Andree von der Universität Köln zeichnete das Bild eines Meinungsmachtproblems, da seines Erachtens die Meinungsbildung durch die Big Tech-Giganten aus den USA und China nicht nur beeinflusst, sondern sogar manipuliert wird. Nach deutschem Recht sei dies verfassungswidrig und nur durch die in der Vergangenheit erfolgte Senkung regulativer Schwellen bzw. das Einräumen von Privilegien für technische Plattformen erst ermöglicht worden. Dies sei so nicht länger hinzunehmen, in Bezug auf die mangelhaften Regeln für die sozialen Netzwerken sei daher akuter Handlungsbedarf gegeben, die Politik müsse gegenzusteuern, bis hin zu der Schaffung einer eigenen intermediären Infrastruktur.

In diesem Zusammenhang forderte der amtierende Vorsitzende des ARD-Verbundes und Intendant des Hessischen Rundfunk, Florian Hager, in seiner Keynote „ARD weiterdenken: Ein Blick über den Senderrand“, die deutschen Medien müssten eine gemeinsame Strategie entwickeln. Nur so gelinge es, in Zeiten der Digitalisierung und Deregulierung adäquat auf die weltweiten Veränderungen bzw. Big Tech-Giganten zu regieren und das (Medien-)System in Europa und dessen Stabilität und Sendesicherheit zu wahren.

Im Panel „Der DSA – ein Draht-Seil-Akt für Deutschland“ wurde ein vertiefender Blick auf die 2024 in Kraft getretene Verordnung der Europäischen Union des Digital Service Act (DSA) geworfen. Kontrovers war die Diskussion über die Geschwindigkeit der Umsetzung bzw. Schlagkraft dieser EU-Verordnung. Mittels der Schaffung europaweit einheitlicher Strukturen einerseits und erweiterter Bürokratieanstrengungen andererseits sei es die Aufgabe des DSA, die Verbreitung illegaler Inhalte und Produkte im Internet durch die Online-Plattformen entgegenzuwirken, für die Nutzer ein sicheres und faires digitales Umfeld zu schaffen und deren Grundrechte im digitalen Raum zu schützen. Konsens bei den Teilnehmenden bestand darüber, dass die inzwischen geschaffene und medial als Pioniertat goutierte Verordnung, insbesondere mit Blick auf Desinformation und technische Manipulationen, konsequent umgesetzt werden müsse. Zugleich gelte dies als Gradmesser, sowohl die Effizienz und Effektivität der Verordnung als auch die verbesserte bzw. beschleunigte Zusammenarbeit und Koordination der zuständigen Aufsichtsorgane unter Beweis zu stellen.

Was in Bezug auf Aufsicht auf der Europäischen Ebene kritisch beäugt wird, wurde im Panel „Regulierung reloaded: Deutsche Medienaufsicht auf dem Prüfstand“ gleichermaßen auf nationaler Ebene kontrovers diskutiert. Das Panel stellte die Frage, wie das Gebot des „Level-Playing-Field“, also eines fairen Wettbewerbs unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle Anbieter, durch eine effektive Medienaufsicht realisiert werden kann, ebenso wie die Organisationen der Aufsicht aufgestellt sein müssen, um bei sich ständig wandelnden Aufgaben flexibel den Anforderungen gerecht zu werden. Diesbezüglich hob die Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und Vorsitzende der Direktorenkonferenz des Landesmedienanstalten, Dr. Eva Flecken, hervor, dass im Vergleich zu zentralen Strukturen der Föderalismus die Resilienz von Strukturen erhöhen würde.

Ungeachtet von Defiziten vonseiten der Rechtssetzung, einer zersplitterten nationalen Medienaufsicht in Form von Landesmedienanstalten und der Bundesnetzagentur wurde die Forderung eines Mehr an Harmonisierung und Austausch der Organe laut, um im Verbund mit der EU-Kommission die Arbeitsfelder des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der privatwirtschaftlich organisierten Anbieter und den Plattformen auf Augenhöhe begegnen und im Sinne des Nutzers schnell und ganzheitlich agieren zu können.

Ein Fazit

Auch wenn im Rahmen dieser Nachlese nur einige Themenkomplexe der zweitägigen Konferenz vorgestellt wurden und somit Aspekte wie beispielweise die Transformation einer digitalen Zeitung, der Kampf um Sportrechte oder das Vertrauen in den Journalismus durch Transparenz und journalistische Qualitätssicherung nicht thematisiert werden konnten: als Fazit der Konferenz bleibt festzuhalten, dass diese Ausgabe der MTM bestehende „Problemzonen“ artikulierte.

Sie konnte in Zeiten des Medien- und Öffentlichkeitswandels Einblicke aufzeigen, wie die Bewältigung gegenwärtiger Krisenhafter Entwicklungen, sei es in der Medienproduktion, der Mediennutzung oder den Medien(aufsichts)strukturen, erfolgen kann, sodass auch in Zukunft die Medien mit einem vielfältigen Angebotsbouquet, so der Grundton, ihrer Verantwortung als eine dienende Säule von Demokratie und für das Gemeinwohl wahrnehmen können. Ebenso verdeutlichte die Konferenz die Rolle und Bedeutung der global agierenden Digitalkonzerne: Während in der bundesdeutschen Gesellschaft das Ansteigen von Populismus und Polarisierung bei gleichzeitigem Rückgang der Demokratiezufriedenheit zu konstatieren ist, gelingt es dem Oligopol der großen Digitalkonzerne, ihr inzwischen dominantes Potenzial zu steigern und perspektivisch durch KI weiter zu forcieren – mit bedenklichen Folgen für die politische Willens- und Meinungsbildung.